

Schlussfolgerungen aus dem bisherigen Verlauf der CORONA-Krise

Nachdem jetzt nach und nach seitens der Regierung weitere Schritte in Richtung „neue Normalität“ gesetzt werden, ist man versucht, Rückschau zu halten und einen Blick auf die Arbeit der Verantwortlichen in der Regierungs-Koalition zu werfen.

Eines vorweg: Österreich kommt zumindest bis dato im europäischen Vergleich relativ gut weg. Die restriktiven Maßnahmen haben dazu geführt, dass es zu einer vergleichsweise niedrigen Mortalitätsrate gekommen ist, und dass insbesondere auch unser Gesundheitssystem zu keinem Zeitpunkt an die Grenzen gestoßen ist. Dies ist, wie man sieht nicht selbstverständlich und einer rasch und konsequent handelnden Regierung aber insbesondere auch einer weitestgehend verständnisvollen und disziplinierten Bevölkerung zu verdanken. Kritik der Oppositionsparteien mag in Einzelfällen (schleppende Abwicklung einzelner Banken bei Härtefall- und anderen Zuschuss-Anträgen trotz Bundes-Haftungen oder eine temporäre Erhöhung des Arbeitslosengeldes) berechtigt erscheinen. Manches der oppositionellen Kritik ist allerdings populistischen Rundumschlägen nach dem Motto - alles in Grund und Boden kritisieren, man selbst braucht ja nicht entscheiden- zuzuschreiben.

Die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Krise werden die nationalen und europäischen Haushalte allerdings die nächsten Jahre wenn nicht Jahrzehnte massiv belasten und wenig Bewegungsspielraum zulassen. Alleine aus diesem Grund wird es notwendig werden, über den Tellerrand hinauszublicken um umfassende, für die gesamte EU wirksame Maßnahmen zustande zu bringen.

Kernpunkte europaweiter Schlussfolgerungen könnten sein:

solidarische Hilfestellung für besonders betroffene Mitgliedsländer (EURO-Bonds, markante Erhöhung des EU-Haushaltes),

Rückholung ausgelagerter Medikamenten-Produktion bzw. von Schlüssel-Industrie nach Europa,

Schaffung von Mindest-Standards in der Steuer – und Sozial-Gesetzgebung zur Vermeidung von Steuer – und Sozial-Dumping (Festlegung von nationalen Mindest-Löhnen, Mindest-Bandbreite für Ertragsbesteuerung), EU-weite Abgaben auf den hochfrequenten Handel mit Finanzprodukten, Spekulation mit Rohstoffen und Währungen

EU-weit geltende Richtlinien bei der Bekämpfung künftiger Pandemien unter Berücksichtigung von besonderen Maßnahmen einzelner Mitgliedsländer nach Maßgabe regionaler und nationaler Betroffenheit.

Die von vielen anfangs kritisierte Untätigkeit der EU hat ihre Begründung ausschließlich in der derzeit nicht gegebenen Kompetenz in der Gesundheitspolitik.